

Erscheint jede Woche

Samstags / Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk., durch die Post ins Haus gebracht 1.12 Mk. / Mitglieder des Gewerbevereins für Nassau erhalten das Blatt kostenlos. Alle Postgebühren nehmen Bestellungen entgegen.

Mitteilungen für den Gewerbeverein für Nassau

Verkundigungs-Organ der handwerkskammer Wiesbaden

Die Anzeigengebühr

beträgt für die sechsgepaltene Feilzeile 40 Pfg.; kleine Anzeigen für Mitglieder 30 Pfg. / Bei Wiederholungen Rabatt / für die Mitglieder des Gewerbevereins für Nassau werden 10 Prozent Sonder-Rabatt gewährt

herausgegeben

vom Zentralvorstand des Gewerbevereins für Nassau

Wiesbaden, 7. Juni

Anzeigen-Aannahmestelle:

Hermann Rauch, Wiesbaden, Friedrichstr. 30, Telefon 636

Inhalt: Gewerbl.-technische Bücherei — Bekanntmachung des Zentralvorstandes — Gewerbliches Unterrichtswesen — Geschäftsstellen der Kreisverbände — Deutscher Handwerks- und Gewerbeverbandstag — Neue Bestimmungen für den Güterverkehr mit dem besetzten Gebiet — Die Kriegsfürsorge der Handelskammer für notleidende Geschäftsleute — Genossenschaftliches — Kurze Mitteilungen — Aus Nassau — Aus den Kreisverbänden — Aus den Lokalvereinen — Bücherchau — Anzeigen.

Gewerblich-technische Bücherei und Vorbildersammlung des Gewerbevereins für Nassau mit Lesesaal

und Auslage der Patentchriften, des Patentblattes, enthaltend die Patent-Anmeldungen, -Erteilungen und Gebrauchsmuster-Einträge sowie des Warenzeichensblattes.

Geöffnet: Täglich von 10—1 Uhr vorm. und 4—6 Uhr nachm. mit Ausnahme von Mittwoch- und Samstagnachmittag.

Benutzung im Monat April Mai.
Besuchsziffer des Lesesaales . . . 95 162
Ausgeliehene Bücher . . . 70 90
Ausgeliehene Vorbilder . . . 201 236

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Betr. Anzeige der Schulleitern.

Die Schulvorstände und Leiter der gewerblichen Fortbildungsschulen machen wir hiermit auf unsere frühere Anordnung aufmerksam, daß Beginn und Ende der Ferien an den gewerblichen Fortbildungsschulen uns vor Beginn der Ferien anzuzeigen sind. Wo ein Schulleiter ernannt ist, erfolgt die Anzeige durch diesen.

Wiesbaden, den 2. Juni 1919.

Der Zentralvorstand
des Gewerbevereins für Nassau.

Gewerbliches Unterrichtswesen.

Der Anregung des Zentralvorstandes entsprechend, haben die Gemeindeförperschaften in Niederwalluf die Errichtung einer gewerblichen Fortbildungsschule beseitigt beschlossen. Der neuen Schule sollen die in Nieder- und Oberwalluf beschäftigten gewerblichen Arbeiter durch den Kreisaußschuß nach Maßgabe der Kreislohnungen zugeteilt werden. Da in Niederwalluf bis jetzt noch kein Gewerbeverein besteht, wird die örtliche Verwaltung der Schule einem Schulvorstand übertragen, der vom Gemeindevorstand gewählt wird. Träger ist die Gemeinde. Die Schule wird nach den Pfingstferien eröffnet werden.

Auf Anregung beteiligter Kreise hat die Gemeinde Dörnberg (Kreis Unterlahn) unter Mitwirkung des Zentralvorstandes die Errichtung einer gewerblichen Fortbildungsschule beschlossen. In Erwartung der Kreislohnungen soll vorläufig von der Erlassung von Ortslohnungen abgesehen werden. Die örtliche Verwaltung der Schule übernimmt der Gemeindevorstand, Träger ist die Gemeinde. Auch diese Schule wird nach den Pfingstferien eröffnet werden.

Die Geschäftsstellen der Kreisverbände für Handwerk und Gewerbe

erteilen Rat und Auskunft und gewähren Beistand

in allen wirtschaftlichen, technischen, rechtlichen und sozialen Angelegenheiten für Handwerk und Gewerbe, insbesondere auch in der Rohstoff-, Arbeits- und Kreditbeschaffung, Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge u. a. Benützung für Jedermann, für Mitglieder gebührenfrei.

Übersicht über die Geschäftsstellen und Benützungszeiten.

Kreisverband	Sitz der Geschäftsstelle	Straße und Hausnummer	Sprechstunden	Name des Geschäftsführers
1. Biedenkopf . . .	Biedenkopf	Schulstr. 25 II .	Sonntagvorm. 10—12 Uhr	Techniker Schmidt
2. Dillkreis	Dillenburg	Oranienstr. 30 . Fernspr. 286		Kreisbaumeister Röder
3. Höchst a. M.	Höchst a. M.	Kaiserstraße 8 .	Mittwochnachm. 6—7 Uhr	Nendant Hartlieb
4. Limburg a. L.	Limburg a. L.	Altes Schloß Domplatz	Werktagvorm. 8—12 Uhr	Fortbildungs-Schulleiter Dücker
5. Oberlahn	Weilburg		Täglich 8-12 Uhr vorm. u. 3-6 Uhr nachmittags	Vorsitzender Schneidermeister E. Schäfer
6. Obertaunus	Bab Homburg v. d. H.	Höhenstraße 18	Montag, Mittwoch und Samstag nachm. 3—6 Uhr	Kaufmann Kahle
7. Rheingau	Elzville	Schwalbacherstr. Schulhaus Zimmer 9	Montag, Dienst- tag, Mittwoch u. Freitag 6—7 u.	Architekt Bruns
	Deßloch	Schulhaus . . .	Donnerstag von 8—9 Uhr abends	
	Waldesheim	Richtstraße 8 . Fernspr. 119	Montag, Dienst- tag, Freitag und Samstag 10-12	
8. St. Goarshausen .	Oberlahnstein . . .			Borfl. Buchdruckereibesitzer Ed. Schidel
9. Unterlahn	Diez	Oraniensteiner- straße 11	Montag, Mittwoch und Freitag 1-6 Uhr nachm. außer am 1. u. 3. Mitt- woch im Monat	Techniker Kuchebuch
	Embs	Rathaus Beratungszimmer	am 1. u. 3. Mittwoch jed. Mo. u. 2-6 nachm.	
10. Unterlahn	Langenschwalbach, angeschlossen an das Handwerkamt Wiesbaden, Wilhelmstraße (Neue Kolonnade). Sprechstunden werktags von 3—6 Uhr nachmittags, außer Samstags.			
11. Unterwesterwald.	Montabaur	Rathaus . . . Privatwohnung	Tägl. 9—12, 2—6 Sonntags 11 ¹ / ₂ —12 ¹ / ₂ v.m.	Bürgermeister Reis Werkm. Fleckenstein Schreinerinstr. Jungbecker
	Grenzhausen	Lindenstraße 9	Jederzeit	
	Höhr	Rheinstraße . .	Jederzeit	
12. Ufingen	Ufingen	Rathaus . . .	Freitag, von 10—12 Uhr vorm.	Ratsschreiber August Dienstbach
13. Wiesbaden-Land	Wiesbach	Rathaus Zimmer Nr. 40	Werktag 8-12 u. 3—6, mit Ausn. Samstag nachm.	Architekt Schenk

**Verbrauchsanforderung. Fortbildungs-
schulen erhielten:**

Lehrer Jos. Minola in Eddersheim,
Bautenmeister Gustav Schlapp aus Hornau
an den Schulen in Rellheim und Münster i. T.

Die Herren Hauptlehrer Reinhard in
Münster (Kreis Oberlahn) und Wirbe-
lauer in Marienberg wurden mit der
Leitung der gewerblichen Fortbildungsschule
beauftragt.

An der gewerblichen Fortbildungsschule in
Biedenkopf findet zurzeit ein Unterricht-
kursus für Handwerksmeister mit 15 Teilneh-
mern statt.

Deutscher handwerks- und Gewerbekammertag.

Im Sitzungssaale des Ständehauses zu Han-
nover trat am 28. April der Deutsche Hand-
werks- und Gewerbekammertag zu wichtigen
Beratungen über die Zukunft des Handwerks
zusammen. Obermeister Plate konnte als Vor-
sitzender auch zahlreiche Vertreter von Börde-
den begrüßen. Vom Handelsministerium Mini-
sterialdirektor Dr. v. Seefeld und Geh. Re-
gierungsrat Dr. Göhmann, vom Reichswirt-
schaftsministerium Regierungsrat Bierstein,
vom Landesgewerbeamt Landesgewerbeamt
Schindler. Der Vorsitzende Plate konnte mittei-
len, daß von 73 Handwerks- und Gewerbe-
kammern 60 vertreten seien; er wies auf die
Bedeutung der heutigen Beratungen hin, bei
denen es sich um die Zukunft des Handwerks
handelt.

Regierungsrat Bierstein begrüßte die Ver-
sammlung im Namen des Reichswirtschafts-
ministeriums und hob dabei hervor, daß die
Zukunft unseres Volkes von der nationalen
Gütererzeugung abhängig sei. Dabei werde das
Handwerk als ganzes nach wie vor einen selbst-
ständigen Faktor des Erwerbslebens bilden,
wenn auch für einzelne Zweige eine veränderte
Betriebsweise eintreten müsse. Die Aufgabe
des Handwerks müsse sein, die Produktion den
Bedürfnissen anzupassen und neben der ge-
sellschaftlichen Selbstverwaltung eine durch-
greifende sachliche Organisation zu schaffen als
Grundlage zum Anschluß an die Arbeitsgemein-
schaft mit der Industrie.

Ministerialdirektor v. Seefeld erklärte im
Namen des Ministers für Handel und Gewerbe,
daß die preussische Regierung die Erhaltung
eines gesunden kraftvollen Mittelstandes als
eine Notwendigkeit ansehe. Das Ministerium
habe sein Entgegenkommen bewiesen durch die
Errichtung einer besonderen Abteilung für
Handwerk, Gewerbebeförderung und Genossen-
schaftswesen. Daraus werde sich hoffentlich ein
Vertrauensverhältnis zwischen der Praxis und
der Regierung ergeben. Das Handwerk, das an
seinen bewährten Firmen festhalten wolle, dürfe
bei der Neuordnung der Dinge nicht beiseite
stehen, sondern müsse sich in die neue Zeit
hineinstellen. Senator Fink und Obermeister
Schmidt begrüßten die Versammlung im Namen
der städtischen Kollegien und Justizrat Erüger
sprach Begrüßungsworte im Namen des Allge-
meinen Verbandes deutscher Erwerbs- und
Wirtschaftsgenossenschaften. Die Beratung über
die zukünftige Wirtschaftsordnung und die Zu-
kunft des Handwerks leitete dann der Geschäfts-
führer des Deutschen Handwerks- und Gewerbe-
kammertages Dr. Meusch mit einem längeren
Referat ein, in dem er sich mit aller Bestimm-
theit gegen die Sozialisierung der Handwerks-
betriebe wandte, wenn darunter die direkte
Übernahme der Produktion des Handwerks in
das Eigentum und die Verwaltung der Gesamt-
heit unter Ausschaltung der wirtschaftlichen
Selbstständigkeit des Einzelbetriebes verstanden
werden soll. Man müsse erwarten, daß die
Regierung die Vorschläge der Sozialisierungs-
kommission ablehne. Die Frage sei zu wichtig,
daß sie ausschließlich unter theoretischen oder
demagogischen Gesichtspunkten übers Rie ge-
brochen werden könne. Aber auch wenn es ge-

linge, die Gefahr der Sozialisierung vom Hand-
werk abzuwenden, sei damit die Bedrohung
seiner wirtschaftlichen Selbstbestimmung nicht
beseitigt. Die von der Regierung erstrebte ge-
meinschaftliche Selbstverwaltung unter-
scheide sich nur wenig von der Zwangsregelung
der Kriegswirtschaft, weil die Zusammenfassung
des Zweckverbandes den Ausgleich so erschwere,
daß die wirtschaftlich schwächere Gruppe des
Handwerks dabei schlecht wegkommen werde.
Einen Vorgeschieden habe man schon davon be-
kommen bei der Organisation der Rohstoffver-
sorgung. Man müsse sich heute damit abfinden,
daß das Handwerk bei der Rohstoffversorgung
nicht mehr als selbstständiger Berufsstand be-
handelt, sondern mit der Industrie verbunden
werde. Man sei auch in höheren Reichsämtern
der Ansicht, daß das Handwerk selbständige
Funktionen nicht mehr zu erfüllen habe. Dieser
Auffassung müsse entschieden entgegengetreten
werden und man müsse verlangen, daß vor der
Rationalisierung eine sorgfältige Prüfung statt-
finde. Wenn man aber das Handwerk noch als
selbstständigen Berufsstand ansehe, dann müsse
man auch verlangen, daß die eigene Berufsver-
tretung erhalten bleibe, und zwar neben der
fachlichen Organisation auch die Standesver-
tretung in der Handwerkskammer, die sich treff-
lich bewährt habe. Ebenso sei auf die Beibehal-
tung der Genossenschaften das größte Gewicht
zu legen.

Der Referent kam in seinen Ausführungen
zu dem Schluß, daß der Anschluß des Hand-
werks an die Arbeitergemeinschaft der einzige
Weg sei, das Handwerk unter Aufrechterhaltung
seiner Selbstständigkeit in die Gesamtwirtschaft
einzuführen. Daran wurde die Mahnung ge-
knüpft, festgeschlossen zusammenzustehen. Nur
dann werde das Handwerk sich in der Zukunft
behaupten können.

Die Versammlung trat dann in die Bespre-
chung ein.

In der Aussprache trat man dem Referenten
im wesentlichen bei unter besonderer Betonung
der Notwendigkeit der Erhaltung der Handwer-
ker-Organisationen und des Fortbestandes der
Handwerkskammern. Der Antrag des Referen-
ten betreffend die Gründung einer Arbeitsge-
meinschaft bezeugte der einstimmigen Zustim-
mung des Kammertages, desgleichen der hierzu
paralell gehende nachstehende Antrag des ge-
schäftsführenden Ausschusses:

1. Krieg und Revolution mit ihren wirt-
schaftlichen Begleiterscheinungen haben tief-
greifende Veränderungen des gesamten Wirt-
schaftslebens zur Folge gehabt. Auch das
deutsche Handwerk ist in seiner Gesamtheit aus-
gesprochen getroffen.

2. Die zwangsweise Regelung des Wirt-
schaftslebens, wie sie während des Krieges bis
jetzt bestand, muß abgebaut werden und, sobald
es die Verhältnisse irgend gestatten, der freien
Wirtschaft wieder Platz machen. Nach Erilärung
des Reichswirtschaftsministeriums soll dieser
Abbau aber nicht eine Wiederkehr der Verhält-
nisse, wie sie vor dem Kriege bestanden, bringen,
sondern unter Zusammenfassung der Güterer-
zeugenden, verteilenden und verbrauchenden
Erwerbsstände auf der Grundlage der Selbst-
verwaltung zu einer deutschen Gemeinschaft
führen.

3. Der Deutsche Handwerks- und Gewerbe-
kammertag erklärt, daß ein Wiederaufbau un-
seres Wirtschaftslebens ohne Wiederaufbau und
Mitarbeit des deutschen Handwerks nicht denk-
bar ist, und daß dem Handwerk auch in der
künftigen Wirtschaft Aufgaben zufallen, die von
keinem anderen Berufsstand und auch nicht
von einer irgendwie gearteten künstlichen Wirt-
schaftsverfassung geleistet werden können.

4. Demgemäß fordert der Deutsche Hand-
werks- und Gewerbekammertag, daß die Rege-
lung der künftigen Wirtschaft unter allen Um-
ständen die Lebensfähigkeit des Handwerks er-
hält und sichert. Dazu ist nötig: a) Innerhalb
der in Aussicht genommenen Arbeitsgemein-
schaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie
der wirtschaftlichen Zweckverbände muß dem
Handwerk der seiner wirtschaftlichen Bedeutung
entsprechende Einfluß gesichert werden; b) die
beruflichen, sachlichen und wirtschaftlichen De-

ganisationen des Handwerks sind aufrechtzuer-
halten, soweit erforderlich, unter Anbrassung
an die Verhältnisse auszubauen. Insbesondere
sind die Handwerkskammern als regionale Be-
rufsvertretungen des Handwerks auch bei jeder
Organisation der deutschen Wirtschaft unent-
behrlich; c) der beruflichen und wirtschaftlichen
Vertretung des Handwerks muß auf die Zu-
sammenfassung der von der Reichsregierung ge-
planten Wirtschaftsrate ausreichender Einfluß
eingeräumt werden, der ihnen die nötige Be-
wegungsfreiheit sichert.

5. Der Deutsche Handwerks- und Gewerbe-
kammertag lehnt die Sozialisierung und Kom-
munistisierung von Handwerksbetrieben ab, weil
hierdurch zahlreiche für die Wirtschaftspflege
wertvolle selbständige Existenzen ausgeschaltet
werden.

6. Der Deutsche Handwerks- und Gewerbe-
kammertag fordert von der Reichsregierung,
daß er bei der Vorbereitung wirtschaftlicher
Maßnahmen rechtzeitig gehört wird.

Darauf wurde der Kammertag unter den
üblichen Dankworten geschlossen.

Neue Bestimmungen für den Güterverkehr mit dem besetzten Gebiet.

Durch einen neuen Befehl Nr. 76 der Inter-
alliierten Kommission sind für den Güterverkehr
mit dem besetzten Gebiet neue Bestimmungen
erlassen worden.

A. Einfuhr in das besetzte Gebiet.

Ohne besondere Genehmigung dürfen aus
dem unbesetzten Deutschland in das besetzte Ge-
biet nur eingeführt werden Lebensmittel ein-
schließlich Getränke, Futtermittel, Körner und
Erzeugnisse zur Fütterung von Tieren, Säme-
reien und Düngemittel, ferner Brennstoffe,
Erze, Kohlen, Koks, Brekette. Für alle übrigen
Güter ist zur Einfuhr aus dem unbesetzten
Deutschland die Genehmigung der Wirtschafts-
abteilung erforderlich. Es wird besonders
darauf hingewiesen, daß nimmehr die Einfuhr
von „Rohstoffen, die für die Industrie
unentbehrlich sind“ und von bearbeiteten Arti-
keln, deren die Industrie bedarf, nicht mehr all-
gemein ohne besondere Genehmigung zulässig
ist, sondern daß die Einfuhr ohne besondere Ge-
nehmigung auf die oben genannten Güter
(Lebensmittel usw.) beschränkt ist.

Aus den Entente-Ländern ist die Einfuhr in
das besetzte Gebiet frei, mit Ausnahme von
Waffen, Munition und allen Artikeln, die spe-
ziell für Kriegsführung verwendet werden.

Für die Einfuhr aus den neutralen Län-
dern, ausgenommen Luxemburg, sind Einfuhr-
anträge durch den Einfuhrführer der Waren an die
Wirtschaftsabteilungen der Armee zu richten, die
Genehmigung zur Einfuhr von Gütern aus
Luxemburg wird unmittelbar durch das Inter-
alliierte Komitee in Luxemburg erteilt.

Die Güter, die hiernach nur mit besonderer
Genehmigung eingeführt werden dürfen, müssen
mit einem grünen Transportausweis begleitet
sein.

B. Ausfuhr aus dem besetzten Gebiet.

Ohne besondere Genehmigung dürfen aus
dem besetzten Gebiet ausgeführt werden nur
Spezialwagen und Spezialpadungen, die bei
der Einfuhr in das besetzte Gebiet verwendet
wurden. In allen übrigen Fällen ist zur Aus-
fuhr von Gütern aus dem besetzten Gebiet
Genehmigung der Wirtschaftsbehörden erforder-
lich. Anträge sind an die Wirtschaftsabteilung
(Section Economique) zu richten. Durch welche
örtliche Stelle diese Vorlage zweckmäßig zu er-
folgen hat, ist bei der zuständigen Handels-
kammer zu erfragen.

C. Form der Anträge, Einreichung und Be- handlung der Anträge, Benachrichtigung der Antragsteller.

Die Anträge auf Transportgenehmigungen
müssen außer den selbstigen Angaben für die
Folge auch den Namen und die Adresse des Ver-
senders und des Empfängers enthalten. Für
die Anträge wird demnach ein besonderes
Formular vorgeschrieben; die selbstigen
Angaben können unter entsprechender Ergänzung
aufgebraucht werden. Sie sind in vierfacher
Ausfertigung vorzulegen, davon muß eine
Stück in deutscher Sprache, die übrigen in fran-
zösischer Sprache ausgefüllt sein. Bei Sendun-

gen, die über den Brückenkopf Köln laufen, muß die Warenbezeichnung auch in englischer Sprache angegeben sein. Ueber die Anträge wird von der Wirtschaftsteilung der Armee, oder dem interalliierten Wirtschaftskomitee entschieden. Eine Ausfertigung des mit Genehmigungsvermerk versehenen Antrages geht dem Antragsteller unmittelbar zu, während gleichzeitig eine weitere Ausfertigung an die militärische Unterkommission gegeben wird, welche diese Ausfertigung der Eisenbahndirektion übermittelt. Die Eisenbahndirektion fertigt hierauf die Transportausweise (grüne für die Einfuhr, rote für die Ausfuhr, weiße für die Ausfuhr nach Elsass-Lothringen). Nach Ausstellung werden die Transportausweise zur Prüfung und Abstempelung der Unterkommission vorgelegt. Nach Rückkunft von der Unterkommission werden die Scheine zur Beförderung an den Antragsteller zur Post gegeben. Hieraus ergibt sich, daß die Antragsteller erst einige Zeit nach Erhalt der Genehmigungsbenachrichtigung durch die Wirtschaftsbeförden mit dem Eingang der Transportausweise rechnen können. Mündliche oder schriftliche Anträge bei der Eisenbahndirektion auf frühere Zustellung oder vorzugsweise Ausfertigung der Scheine können nicht berücksichtigt werden, die Ausstellung und Ueberföhrung der Scheine erfolgt auch ohne besonderen Antrag so schnell als dies irgend möglich ist.

D. Bestrafungen.

Versuche, genehmigungspflichtiges Material und Erzeugnisse ein- oder auszuführen, für welche keine Genehmigung vorliegt oder bei denen der Schein mit der Transportgenehmigung fehlt, hat der militärische Kontrollposten sofort der vorgelegten militärischen Unterkommission zu melden. Die Waren werden als Schmuggelwaren betrachtet, nach einem von der Unterkommission festgesetzten Bahnhof zurückbefördert und entladen. Die Armee verfügt, was mit den Waren zu geschehen hat, wohin sie weiter geführt oder ob sie verkauft oder vernichtet werden. Die peinlichste Beachtung aller Vorschriften liegt daher im eigenen Interesse der Verschleppenden.

Die Kriegsstiftung der Handelskammer für notleidende Geschäftsleute.

Unter dem Namen „Kriegsstiftung der Handelskammer“ zur Fürsorge nach dem Kriege notleidender Geschäftsleute im Handelskammerbezirk Wiesbaden ist durch Beschluß der Vollversammlung der Handelskammer Wiesbaden vom 28. März 1918 eine gemeinnützige Stiftung errichtet worden. Die wesentlichen Bestimmungen der Satzung, die in der Vollversammlung der Handelskammer am 7. Dezember 1918 beschlossen worden ist und die vorläufige Genehmigung der Regierung bereits gefunden hat, sind folgende: Das Kapital der Stiftung ist in der Hauptsache durch freiwillige Spenden der Industrie- und Handelskreise des Handelskammerbezirks aufgebracht und hat bis zum Tage der Errichtung dieser Stiftung den Betrag von 416 000 Mark erreicht, die bei der Nassauischen Landesbank in Wiesbaden in bar bezogen. Kriegsanleihebeständen hinterlegt sind. Es kann durch weitere Einzahlungen jederzeit eine Erhöhung erfolgen. Der Zweck der Stiftung ist zunächst, im Handelskammerbezirk Wiesbaden bei Kriegsausbruch anfallig gewordenen selbständigen Geschäftsleuten (Industriellen und Handelsreisenden), die durch den Krieg existenzlos geworden oder in ihrem Geschäft geschädigt worden sind, durch Beihilfe in Form von Darlehen oder Uebernahme von Ausfallbürgschaften beim Wiederaufbau ihrer früheren Erwerbstätigkeit oder zur Uebernahme eines neuen Erwerbs beihilflich zu sein. Zur Erreichung der Stiftungszwecke sind in erster Linie die Hinsen des Kapitals, nach Abzug der jährlich notwendigen Verwaltungskosten, nötigenfalls das Kapital selbst, zu verwenden. Eine weitere Verwendungs des Kapitals und seiner Erträge nach Aufbörren des vorgenannten Stiftungszwecks erfolgt ausschließlich für gemeinnützige Zwecke, bleibt jedoch in einzelnen der Beschlüsse einer künftigen Vollversammlung der Handelskammer vorbehalten.

Die Verwaltung der Stiftung obliegt dem Vorstand und einem Stiftungsausschuß, deren Mitglieder im Ehrenamt tätig sind. Die gerichtliche und außergerichtliche Vertretung der Stiftung steht ausschließlich dem Vorstand zu. Die Verwaltung ist nach kaufmännischen Grundsätzen zu führen. Der Vorstand besteht aus sieben Mitgliedern. Seine Wahl erfolgt durch die Handelskammer in einer Vollversammlung auf die Dauer von drei Jahren;

er ist befugt, sich durch Zuzahl um fünf Mitglieder zu erweitern. Der Vorstand ist des weiteren befugt, möglichst nach Anhören des Stiftungsausschusses, in allen Orten des Handelskammerbezirks Vertrauensmänner einzusetzen, die zur Prüfung der Darlehens- und Bürgschaftsgesuche herangezogen werden sollen. Der Stiftungsausschuß setzt sich zusammen aus mindestens 20 Personen und zwar aus Vertretern von Körperschaften und Firmen des Handelskammerbezirks, die größere Zuzahlungen zur Kriegsstiftung gemacht haben.

Genossenschaftliches.

Die Förderung des Genossenschaftswesens durch die Preussische Zentral-Genossenschaftskasse.

A. G. V. Während der Verhandlung die Durchführung der Finanzgeschäfte des Staates auf dem Geldmarkt obliegt, ist der zweiten Staatsbank, der Kassen, Kreupentasse, die Ausgabe zugewiesen, dem erwerbstätigen Mittelstand in Stadt und Land den finanziellen Nachhalt an den Geldmarkt zu sichern. Die Anstalt, die nunmehr 22 Jahre besteht, hat, wie das mit ihr in Verbindung stehende Genossenschaftswesen, eine liberale gütliche Entwicklung genommen. Ihr Gesamtumsatz beträgt heute bereits 50 Milliarden Mark pro Jahr. Entsprechend den Bestimmungen ihres Grundgesetzes erstreckt sich die Tätigkeit dieser Kasse vornehmlich auf die mit Kreditgewährung verbundene Führung von Konten in laufender Rechnung für Vereinigungen und Verbände, einträglicher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, für landwirtschaftl. Darlehnskassen und für die von Provinzen (Landes-Kommunalverbänden) errichteten gleichartigen Anstalten, sowie auf den Scheid-, Wechsel- und Lombardverkehr mit diesen Stellen. Ueber 15 000 Genossenschaften mit fast 2 Millionen Mitgliedern konnten wieder im letzten Jahre den billigen Kredit der Kreupentasse in Anspruch nehmen. In erheblichem Umfange ist die Preussische Zentral-Genossenschaftskasse daneben noch für sonstige staatliche und genossenschaftliche Aufgaben der Kriegswirtschaft tätig gewesen. Das Genossenschaftswesen hat im Kriege, wie aus zahlreichen Verwaltungsberichten amtlicher Stellen hervorgeht, einen ungeahnten Aufschwung genommen. Es wird in der neuen Wirtschaft sich noch weiter entwickeln und vielleicht die zwangsweise Mitgliedschaft für viele Berufe bringen, weil der künftige Rohstoffbezug durch die genossenschaftlichen Kanäle bis in die Werkhube des kleinsten Betriebes gehen wird. Hier eröffnet sich dem staatlichen Geldinstitut ein neues Feld truchbringender Tätigkeit.

Kurze Mitteilungen.

Baupolizeiliche Erleichterungen für Mittelhäuser.

Der Staatskommissar für das Wohnungswesen hat eine Verordnung über baupolizeiliche Erleichterungen für Mittelhäuser erlassen, die im Amtsblatt der Preussischen Regierung zu Wiesbaden, Nr. 21, vom 24. 6. d. J. veröffentlicht wurde. Die Erleichterungen beziehen sich auf die Beschaffenheit der aufgehenden Wände und der Innenwände, der Maueröffnungen, Deden, Schornsteine, Feuerstätten, Stockböde und Treppen und sind als erheblich gegenüber den früheren Bestimmungen zu bezeichnen. Die beteiligten Kreise haben hiermit auf die Veröffentlichung aufmerksam gemacht.

Aus Nassau.

Nicklen.

Die am 1. Juni im Gasthaus „Zur Friedensruhe“ versammelt gewesenen Schmiedemeister unserer Kreise haben nach längerer Aussprache und nach

den in der Versammlung vorgelegenen Preislisten verschiedener Schmiedevereinigungen unserer Umgebung beschlossen, auf alle überall gleiche und stets wiederkehrende Arbeiten ab 1. Juni Einheitspreise und den heutigen Verhältnissen entsprechende Preiserhöhungen eintreten zu lassen. Ferner soll die bereits in Kattäten bestehende Freieinnung in eine Kreis-Blüch-Innung umgewandelt werden. Der Antrag hierzu wurde von dem die Versammlung leitenden Kreisverbandsvorsitzenden ausgearbeitet und der Behörde weitergegeben. Eine aus den Schmiedemeistern Johann Ems-Niederlahnstein, Philipp Singhof-Kattäten und Wilhelm Ullmann-Reichenbach bestehende Kommission wird die weiteren Arbeiten vorbereiten und eine weitere Versammlung auf den ersten Sonntag im Juli einberufen.

Aus den Kreisverbänden.

Kreisverband für den Kreis St. Goarshausen.

Sobald die Genehmigung eingetroffen ist, wird die diesjährige Hauptversammlung des Kreisverbandes in Camp stattfinden. Die Tagesordnung wird noch bekannt gegeben. — Den Handwerkern, die Leim und sonstige Klebstoffe verarbeiten, sei mitgeteilt, daß die Bedarfs-Anmeldebescheine für das 3. Vierteljahr bereits angefordert werden können. In Niederlahnstein gibt derselben Herr Seemann Kirchhöfer, in Braubach Herr Ab. Lemb und in St. Goarshausen Herr Kalkmüller. Hier ab. — Eine Sattler- und Tapezierer-Innung wird an einem der Sonntage im Juni ins Leben gerufen werden und findet deshalb eine Versammlung in Oberlahnstein statt. Die von den Herren Kirchhöfer, Schulz und Kruher vorbereiteten Statuten werden dieser Versammlung schon vorliegen.

Aus den Lokalvereinen.

Dachenburg.

Am 18. Mai d. J. hielt der Lokalgewerbeverein seine Mitgliederversammlung ab, nachdem die Vereinsaktivität während des Krieges nur mit aller Not aufrecht erhalten worden war. Herr Börsenrat berichtete den Bericht über die Tätigkeit des Vereins in der Kriegszeit seit der letzten Mitgliederversammlung und legte sein Amt als stellvertretender Vorsitzender und Schriftführer nach 14jähriger Tätigkeit im Gewerbeverein nieder. Die vorgenommene Neuwahl des Vorstandes hatte folgendes Ergebnis: Maurermeister Friedr. Wies als Vorsitzender, Adolf Eder als stellvertretender Vorsitzender und Schriftführer, Friedr. Schulz als Kassier. Die Herren Karl Holzmann und Altmann, Friedrich Müller aus Dachenburg, Franz Struß aus Dachenburg und Wilh. Brenner, Altmann Mühle, wurden als Beisitzer gewählt.

Herr Wies berichtete über die in den anderen Kreisen bestehenden Kreisverbände und ihre Tätigkeit und stellte in Aussicht, daß ein solcher Verband auch für die Kreise Oberweserwald und Westerburg demnächst gebildet werde.

Neuenhain.

Der hiesige Lokalgewerbeverein hielt am 12. Mai seine diesjährige Generalversammlung ab. Aus derselben wird nachfolgendes mitgeteilt: Die Mitgliederzahl betrug zu Anfang des verfloßenen Jahres 18. Einige Mitglieder sind ausgetreten resp. gestorben, jedoch der Verein am Schlusse des Vereinsjahres 18 zählte. Das Andenken der beiden verstorbenen Mitglieder, des Fabrikanten Franz Wagner und des Maurers Heinrich Lichters, wurde durch Erheben von den Plätzen geehrt. Das neue Vereinsjahr wurde mit einem Mitgliederbestand von 20 begonnen. — Die Schule wurde in dem verfloßenen

Lieferungs-Genossenschaft der Schlosser und verwandte Gewerbe der Kreise Höchst a. M., Obertaunus und Uffingen, e. G. m. b. H. zu Höchst a. Main.

Bilanz per 31. Dezember 1918.

An Bankguthaben	2842.—	Per Guthaben der Genossen	3930.—
„ Wertpapiere	1454.20	„ Schulden	—
„ Kassenbestand	269.68	„ Reingewinn	670.88
„ Geschäftsausgaben	35.—		
„ Ausstände	—		
	4600.88		4600.88

Mitgliederzahl und Kasssumme:

Am 1. Januar 23 Mitglieder mit Mk. 6300.— Kasssumme.
Am Schlusse des Geschäftsjahres schieden keine Mitglieder aus. Zugang per 1918: keine.
Lieferungs-Genossenschaft der Schlosser und verwandte Gewerbe der Kreise Höchst a. M., Obertaunus und Uffingen, e. G. m. b. H.
Wilhelm Kreusel Kass.

Bauschule Rastede (Oldbg.) Meister- und Polierkurse Ausführlich. Programm frei.



Anzeigen

im Nassauischen Gewerbeblatt

haben Erfolg!

Jahre von 18 Schülern besucht. Davon kamen am Schlusse des Schuljahres vier zur Entlassung. Die jetzige Schülerzahl beträgt 22. — Hinsichtlich der finanziellen Verhältnisse wurde bekannt gegeben, daß die Einnahmen 812.67 Mark und die Ausgaben 726.82 Mark betrugen. Besonders anerkennend wurde hervorgehoben, daß der Kreis seinen Zuschuß im letzten Vereinsjahr auf 110 Mark und die Gemeinde vom Beginn des laufenden Vereinsjahres ab den Semigen auf 250 Mark erhöhte. Hauptsächlich bleibt das Wohlwollen beider Verwaltungen auch fernerhin unserem Verein und unserer Schule erhalten. — Zum Zeichenlehrer wurde der Bautechniker Herr Heinrich Beder, Sohn eines hiesigen Mitgliedes gewählt und der Beistimmung des Vorstandes empfohlen. — Als Abgeordneter für die diesjährige Generalversammlung des Gewerbevereins für Nassau wurde Herr Springermeister Philipp Müller und als dessen Stellvertreter Herr Fabrikant Heinrich Wagner gewählt. — Der gesamte Vorstand wurde neu gewählt und zwar mit folgendem Resultat: Vorsitzender: Fabrikant Heinrich Wagner, Stellvertreter: Maurermeister Beder, Schriftführer: Lehrer Frankenhof, Kassier: Lehrer Deul, Beisitzer: Steinmetzmeister Heinrich Best, Schreinermeister Adolf Koll und Bürgermeister Hugo Wernig.

Den beiden auscheidenden Vorstandsmitgliedern, Herrn Lehrer Hübner, Kassier und Herrn Schreinermeister Koll, stellvertreter, Vorsitzender, welche eine Wiederwahl ablehnten, wurde für ihre langjährige Mitarbeit im Vorstande in herzlichster Weise gedankt.

Bücherschau.

Wie wohnt die Familie im Eigenen? billiger als zur Miete? Wie beschafft man sich Baupapier und Hypothek. Praktische Ratschläge für Bauversteher. Der Hausgarten. Ein Buchlein zum Lust- und Plannachen von Bauinspektoren. Mit 225 Abbildungen, praktischen Hausbeispielen für einfache und Bürgerkreise (116 Tafeln) 4 Mark, geb. 6 Mark portofrei. Deutscher Verlag Wiesbaden. Postfachkonto Frankfurt 23300.

Das „Illustrierte Jahrbuch mit Kalender für Schlosser, Schmiede, Maschinenbauer und Monteure“, 38. Jahrgang (rund 490 Seiten mit vielen Abbildungen und Tabellen, gebunden 3.50 Mark und 25 Prozent Feuerungszuschlag. Verlag H. A. Ludwig Degener, Leipzig), weist diesmal eine völlige Aenderung seines ganzen Aufbaues auf, was entschieden nur zu seinem Vortheile gereicht. Der sehr umfangreiche Stoff ist äußerst geschickt, knapp und klar dargestellt. Einige Abschnitte, wie die über „Maß- und Gewichtstatistik“, „Materialien“, „Maschinenelemente“, „Wärmelehre“, „Mechanik“ und „Festigkeitslehre“, sind erweitert, resp. nahezu gänzlich umgearbeitet worden. Die „Bearbeitung der Werkstücke und Werkzeugmaschinen“ ist neu hinzugefügt, während die „Arbeitsverfahren und Rezepte“ unter der neuen Überschrift „Lexikon des Praktikers“, das wir als sehr wertvoll erachten, eine erweiterte Form erhalten haben. Das Buch ist sehr zuverlässig und daher recht nützlich nicht allein den Praktikern, sondern auch den gewerblichen Schülern zur Einführung in diese Praxis.

Buchführungszwang für Handwerker!

Durch das am 1. August 1918 in Kraft getretene Umsatzsteuergesetz ist jeder Handwerker zur Buchführung verpflichtet. Wir machen auf die in unserem Verlage erschienene

Buchführung des Handwerkers

unter besonderer Berücksichtigung der Werkstattebuchführung sowie des gesamten Rechnungswesens v. Architekt Fr. Kern, Gewerbeschulinspektor in Wiesbaden, aufmerksam.

Teil A: Erläuterungen mit Beleggang. Preis 1.25
„ B: Übungsheft für Unterrichtszwecke „ 1.20

Vordrucke für Auftrags- und Nachkalkulationsbuch, Tagebuch und Conto zum Gebrauch in der Praxis sind durch den Verlag zu beziehen.

Druckerei und Verlag Hermann Rauch in Wiesbaden

Bekanntmachung.

Die Zwischenscheine der IX. Kriegsanleihe für die 4½% Schatzanweisungen können vom 4. Juni ab, für die 5% Schuldverschreibungen vom 23. Juni d. Js. ab in die endgültigen Stücke mit Zinsscheinen umgetauscht werden.

Der Umtausch findet bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, statt. Außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankanstalten mit Kassenanrichtung bis zum 5. Dezbr. 1919 die kostenfreie Vermittlung des Umtausches. Nach diesem Zeitpunkt können die Zwischenscheine nur noch unmittelbar bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“ in Berlin umgetauscht werden.

Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sie nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der Nummernfolge geordnet einzutragen sind, während der Vormittagsdienststunden bei den genannten Stellen einzureichen; Formulare zu den Verzeichnissen sind bei allen Reichsbankanstalten erhältlich.

Firmen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine rechts oberhalb der Stücknummer mit ihrem Firmenstempel zu versehen.

Von den Zwischenscheinen der früheren Kriegsanleihen ist eine größere Anzahl noch immer nicht in die endgültigen Stücke umgetauscht worden. Die Inhaber werden aufgefordert, diese Zwischenscheine in ihrem eigenen Interesse möglichst bald bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, zum Umtausch einzureichen.

Berlin, im Juni 1919.

Reichsbank-Direktorium.

Havenstein. v. Grimm.



Nassauische Landesbank Nassauische Sparkasse

Wiesbaden, Rheinstraße 44. — Fernruf 833 844, 893, 6172.

Mündelsicher, unter Garantie des Bezirksverbandes des Regierungsbezirks Wiesbaden. Die Nassauische Landesbank ist amtliche Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen. Reichsbankgirokonto. — Postscheckkonto Frankfurt am Main Nr. 600. 28 Filialen (Landesbankstellen) u. 208 Sammelstellen im Regierungsbezirk Wiesbaden 39 Sammelstellen in Frankfurt und seinen Vororten.

Mündelsichere Anlagen

in Schuldverschreibungen der Nassauischen Landesbank, auf Sparkassenbücher der Nassauischen Sparkasse, auf gebührenfreien Verzinsungskonten täglich fällig oder unter Festlegung mit Kündigungsfrist

Darlehen und Kredite in laufender Rechnung

gegen Hypothek, Bürgschaft oder Verpfändung von Wertpapieren, ferner an Gemeinden und öffentliche Verbände mit oder ohne besondere Sicherstellung

Sonstige Geschäftszweige

Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren (offene und geschlossene Depots), Vermietung verschließbarer Schrankkassen, An- und Verkauf von Wertpapieren, Einziehung von Wechseln und Schecks, Einlösung fälliger Zinsscheine.

Hessen-Nassauische Lebensversicherungsanstalt

Behördliches Institut der Bezirksverbände der Reg.-Bez. Wiesbaden und Cassel. Gemeinnützige Anstalt des öffentlichen Rechts. Postscheckkonto Frankfurt am Main Nr. 17600. Fernruf wie oben.

Alle Arten von Lebensversicherung gegen niedrigste Aufwendungen.

Direktion der Nassauischen Landesbank.